



Rede der CDU Fraktion zum Haushalt 2025 der Hansestadt Wipperfürth

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Anne Loth, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Presse.

Bürgermeisterin und Verwaltung

Ein gut funktionierender Verwaltungsapparat, ein dazu sinnvoll strukturiertes Führungsteam und die Übernahme der Gesamtleitung durch eine Person, die ihre mehrjährige Erfahrung, Weitsicht und Besonnenheit einfließen lässt, bilden doch hier in Wipperfürth einen soliden Nährboden für eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Politik.

Genau das passiert in Wipperfürth! Unsere gemeinsamen Erfolge beweisen das auch!

Die SPD und die CDU stehen geschlossen hinter unserer Bürgermeisterin Anne Loth und tun dies aus voller Überzeugung. Anne Loth führt die Verwaltung souverän und zielgerichtet. Sie ist mutig, innovativ, modern und entschlossen. Sie scheut keine Mühen, ist präsent und für ihre Bürgerinnen und Bürger da.

Wir dürfen nicht vergessen,

es lastet ein enormer Druck auf ihren Schultern. Sie arbeitet hart und scheinbar unermüdlich. Ihr Amt fordert höchste Aufmerksamkeit und völlige Hingabe, und hierfür ist sie ein Garant.

Dafür danken wir Dir, Anne Loth, und hoffen im September 2025 auf eine weitere fünfjährige Wahlperiode mit Dir.



Rechtsextremismus

Wir erleben die Polarisierung und den Extremismus auf einem Vormarsch. Ja, es gibt eine große Menge an Problemen, die in Berlin nicht wirkungsvoll angegangen werden. Das strahlt bis in die kleinsten Kommunen und beeinträchtigt unser Zusammenleben.

Nun erscheinen Personen auf der Bildfläche, die nicht nur das ganze System in Frage stellen, sondern auch suggerieren, sie hätte die Weisheit mit Löffeln gefressen und hätten auch die Patentlösung zur Hand. Was heißt das für die Leute, die noch die Belange unserer Bürgerinnen und Bürger handhaben?

Diese Personen müssen einfach besser werden und ihre Hausaufgaben vernünftig erledigen. Denn dort gehört der Focus hin und stellt automatisch die Falschdenker und kranken Seelen in unserer Republik in den Schatten.

Allgemeine Wirtschaftslage und -entwicklung

Der durch Bürgermeisterin Anne Loth und Kämmerer Jens Groll vorgelegte Haushalt ist transparent und in die Zukunft gerichtet. Dennoch können wir nicht die Augen vor den Risiken verschließen. Insbesondere die vielen Gesetze und Auflagen aus der nun vorzeitig beendeten Bundesregierung werden uns langfristig beschäftigen. Die viel zu hohen Personalkostensteigerungen und die hohe Inflation in Verbindung mit einer daraus folgenden wirtschaftlichen Schwächeperiode, werden dramatische Schleifspuren in unserer Haushaltsplanung hinterlassen. Es vergeht kein Tag an dem nicht über Standortschließungen und/oder Entlassungen auch in unserer Region berichtet wird.

Die großpolitische Wetterlage mit einer hybriden Kriegsführung der Russen auf der einen Seite, einem protektionistisch ausgerichteten amerikanischen Präsidenten auf der anderen Seite und einem China das garantiert seine Machtansprüche (militärisch und wirtschaftlich) in der gesamten Welt durchsetzen will, werden ihr übriges tun.

Dieser Haushalt für das Jahr 2025 hat mit Abstand das größte Volumen und die größten Risiken in der Geschichte der Stadt Wipperfürth in sich vereint. Es wird darauf ankommen, dass wir gemeinsam - mit Augenmerk - Risiken für unsere Zukunft eingehen. Sollte sich auf absehbarer Zeit keine Änderung ergeben, werden auch wir in der Stadt „auf Sicht fahren“ müssen. Es kann unumgänglich werden, um die Stadt nicht in die Zahlungsunfähigkeit zu führen.



Wir, die CDU halten es für unabdingbar, dass der Bund sofort zum Konnexitätsprinzip zurückkehrt. Beispiele wie das Wohngeld, Flüchtlingsunterstützung, Energiegesetz, Kommunale Wärmeplanung usw. bringen die Kommunen an den Rand der Hilflosigkeit und dürfen sich nicht wiederholen.

Die CDU spricht sich klar für die Zukunftsprojekte unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt aus. Beispielhaft seien die Schullandschaft, der Katastrophenschutz, die Ausweisung neuer Baugebiete und Gewerbeflächen, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung sowie bezahlbarer Wohnraum genannt.

Mit der gleichen Klarheit widersetzen wir uns polemischen und ideologischen Positionierungen, die unsere Bürger bevormunden und mit weiteren Belastungen quälen. Ein wunderbares Beispiel dafür ist das komplette Versagen in Bezug auf die Hochstraßenregelung.

Die neuesten Veränderungen in Syrien zeigen auf, wie fragil die jeweilige Situation auch für uns hier in der oberbergischen Idylle ist. So wie es aussieht, werden wir die neue Flüchtlingsunterkunft dann gar nicht benötigen. Auch der Schulentwicklungsplan wäre dann nur noch Makulatur.

Grundsteuerreform und Hebesatz

Die vom Bundesverfassungsgericht beanstandete Festsetzung der Grundsteuern und die damit verbundene Grundsteuerreform sollte mehr Steuergerechtigkeit bringen unter der Maßgabe der Aufkommensneutralität. Die Summe aller Steuereinnahmen bei der reformierten Grundsteuer B soll mit dem bisherigen Steueraufkommen vor der Grundsteuerreform identisch sein.

Die Vorgaben der Bundesregierung zur Umsetzung hierzu, passend zu ihrer gesamten Regierungsarbeit, das sitzt man aus.

Wenn die bisherige Grundsteuererhebung Ungerechtigkeiten beinhaltet hat, so ist die vorgeschlagene einheitliche Besteuerung für viele Ottonormalverbraucher, Grundstückseigentümer sowie Mieter nicht mehr leistbar.

Daher sind wir froh, dass die Landesregierung die Möglichkeit einer Differenzierung geschaffen hat. Auf den ersten Blick verkompliziert das die ganze Reform.



Rechtsgutachten der Landesregierung und dem Städte- und Gemeindebund, unterschiedliche Bewertungen, da muss man sich als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker weit reindenken und dann nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden.

Eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera, eine Entscheidung und Bevorteilung der einen Gruppe von Steuerzahlern zu Lasten einer anderen Gruppe von Steuerzahlern.

Vorgegeben von der Finanzbehörde sind der Grundsteuerwert, die Steuermesszahl und somit der Steuermessbetrag. Hierüber erhielten die Bürger einen Bescheid. Was jetzt zur Berechnung der Grundsteuer noch fehlt, ist der Hebesatz. Auch hier sind uns Werte vorgegeben. Das Scholz-Bundesmodell sieht hier einen Hebesatz für unsere Hansestadt von 1163 Messpunkten vor. Das von der Landesregierung favorisierte Modell mit dem differenzierten Hebesatz sieht für wohngenutzte Grundstücke 995 Punkte und für nichtwohngewutzte Grundstücke 1787 Punkte vor. Dies bedeutet, dass in einer differenzierten Betrachtung die nichtwohngewutzten Grundstücke (Wirtschaft) immer noch insgesamt um ca. 650.000,00 Euro entlastet werden.

Gemischtgenutzte Grundstücke werden wie nichtwohngewutzte Grundstücke behandelt. Während die wohngenutzten Grundstücke nach dem Ertragswertverfahren bewertet werden, geht es bei nicht wohngenutzten Grundstücken nach dem Sachwertverfahren.

Letztendlich mussten wir zwischen einheitlichem oder differenziertem Hebesatz entscheiden. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Aufschlussreich waren die Ausführungen von unserem Kämmerer Jens Groll. Vielen Dank hierfür!

Wie die CDU geführte Landesregierung privilegiert die CDU-Fraktion der Hansestadt das differenzierte Modell zugunsten von wohngenutzten Grundstücken. Warum haben wir uns nach sorgfältiger Abwägung so entschieden?

Wir haben u.a. das Wohngebiet Reinshagensbusch auf den Weg gebracht, wir planen Neye-Nord und weitere Wohnbebauungen in der City sowie auf unseren Dörfern, Wohnraum in Wipperfürth ist knapp und deshalb müssen wir alles daran setzen unseren Familien und Singles den Wohnraum so bezahlbar wie möglich zu gestalten. Dazu ist das ein kleiner Beitrag, der aber die Attraktivität unserer schönen Stadt verbessern sollte. Ebenso ist es unstrittig, dass bei der differenzierten Variante viel mehr Bürger profitieren werden.



Diese Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen, benachteiligt sie die Gruppe von nicht wohngenutzten Grundstücken und von gemischt genutzten Grundstücken. Obwohl es auch hier Einzelne gibt, die weniger Zahllast haben als zuvor, gibt es leider auch Bürger und Steuerzahler die deutlich draufzahlen. Bei denen müssen wir um Verständnis für unsere Entscheidung bitten.

Wie schwer allen Kommunalpolitikern in Nordrhein-Westfalen diese Entscheidung gefallen ist, zeigt das uneinheitliche Bild der Abstimmungen in den einzelnen Kommunen. Stellt sich die Frage, ob die ehemaligen Finanzminister Scholz und Lindner ihre Hausaufgaben ordentlich gemacht haben?

Bauhof und AÖR

Bedingt durch gesetzliche Änderungen soll bei Leistungen des Bauhofes und der Verrechnung zwischen der Schloss Stadt Hückeswagen und der Hansestadt Wipperfürth zukünftig zusätzlich Mehrwertsteuer erhoben werden. Um diese anfallenden Kosten zu umgehen, wurde einem Lenkungskreis aus Wipperfürthern und Hückeswagener Politikern eine mögliche sogenannte Anstalt des öffentlichen Rechts nähergebracht.

Um uns hiervon jedoch zu überzeugen, fehlen noch etliche Zahlen, Daten und Fakten. Sehr wichtig hierbei, dass die Mitarbeiter des Bauhofes mitgenommen werden und Ihre Identität mit unserer Stadt behalten können. Der CDU ist es ebenfalls sehr wichtig das Schwarzdeckenprogramm wieder aufleben zu lassen. Unsere maroden Straßen verlangen danach. Wir haben eine Verkehrssicherungspflicht. Nach drei Jahren Löcher flicken mit Kaltbitumen muss hier endlich wieder was passieren.

Jugendamt

Die CDU Wipperfürth hofft, dass das Jugendamt durch die neue Struktur und der neuen Leitung allen Mitarbeitenden einen sozialen und sicheren Arbeitsplatz bieten kann.

Der wachsende KiTa-Platzbedarf wird zeitnah durch drei neue, weitere Einrichtungen bzw. Erweiterungen aufgefangen werden.



Schullandschaft

Wir, die CDU Wipperfürth, stehen weiterhin für das dreigliedrige Schulsystem und setzen uns für eine qualitativ gute pädagogische Ausbildung aller Schüler und Schülerinnen ein! Dazu gehört eine ausreichende Anzahl an Lehrpersonal, dazu gehören ausreichende Räumlichkeiten für die pädagogischen Konzepte und für die offenen Ganztagschulen! Und dazu gehört auch eine moderne zukunftsgerichtete digitale Ausstattung von Lehrern und Schülern, wie Tablets und White-Boards.

Die sechs Grundschulstandorte können derzeit durch die Bildung der drei Schulverbänden erhalten werden.

Das Gebäudemanagement wird in dieser, letzten Ratssitzung den konkreten Auftrag erhalten, die Grundschulstandorte wie folgt auszubauen, um den laut Schulentwicklungsplan von 800 auf 1000 steigenden Grundschulern und dem Rechtsanspruch auf die Offene Ganztagschule gerecht zu werden:

Die GGS Kreuzberg wird für die Zweizügigkeit um ein zweigeschossiges Gebäude erweitert.

Die GGS Mühlenberg bzw. Nikolausschule wird um vier Klassenräume plus Nebenräume und OGS-Räume erweitert werden. Ob dies am gegenwärtigen Standort umgesetzt werden kann, ist in der Prüfung.

Auf dem vorderen Schulhof der KGS Antonius wird neben dem bereits vorhandenen Pavillon ein Modul Bau mit vier Klassenräumen in zweigeschossiger Bauweise entstehen.

Die EGS Albert Schweitzer kann durch einen Anbau für Zweizügigkeit ertüchtigt werden. Wir unterstützen ausdrücklich, die sich abzeichnende Bereitschaft bei Kirch-, Schul- und Elternvertretern alle Grundschulen zu Gemeinschaftsgrundschulen umzuwandeln.

Das Preisgericht-Verfahren für die Architekturbüros zur Planung der neuen Haupt- und Realschulgebäude auf der Ostlandstraße ist bereits im vollen Gange. Hier wird ein vollkommen neuer Gebäudekomplex nach modernsten energetischen, baulichen und pädagogischen Maßstäben entstehen.

Damit wird auch eine Plattform für die Ausbildung in handwerklichen und industriellen Berufen geschaffen.

Der Umbau des EvB-Gymnasiums schreitet voran, so dass auch hier bald alle räumlichen Voraussetzungen für einen modernen pädagogischen Unterricht gegeben sind.

Und die städtische Musikschule hat hier auch eine neue unabhängige Bleibe gefunden.



Flüchtlinge

Wir wollen keine Unterbringung von Flüchtlingen in unseren Turnhallen!

Die neue Wohncontaineranlage in der Bahnstraße bietet 28 Schutzberechtigten Wohnräume. Bei der offiziellen Vorstellung des auf fünf Jahre Nutzung beschränkten Wohnkomplexes zeigte sich die ansässige Nachbarschaft mit einer freundlichen Willkommenskultur. Wir wünschen allen Beteiligten ein angenehmes und friedvolles Miteinander!

Wir fordern die Regierungsebenen auf, den drohenden sozialen Kahlschlag in Oberberg durch die massive Kürzung der Bundesmittel an die Jobcenter zu vermeiden!

Wir bedanken uns bei der Ökumenischen Initiative für ihre Angebote zur Integration!

Stiftungen

Wir erfreuen uns an dem kulturellen Angebot der Bürgerstiftung „Wir Wipperfürther“ mit ihren Organisationen „Tafel“ und „KuBa“, die auch für Integration und Inklusion stehen. In dem Zusammenhang sind auch die Anschaffungen der Wickelaufgabe und des Sehhilfegerätes mit Sprachausgabe in der Stadtbibliothek lobend zu erwähnen.

Dank einer historisch hohen Gewinnausschüttung der Kreissparkasse Köln steht für unsere gemeinnützigen Organisationen, mehr als eine Viertelmillionen Euro in 2025 auf Antrag zur Verfügung.

Wir fordern, dass diese Gelder den Vereinigungen zusätzlich zur Verfügung stehen und nicht für pflichtige Aufgaben der Gemeinde verwendet werden.

Vielen Dank der CDU Wipperfürth an alle Ehrenamtlichen in den Stiftungen, Sport-, Bürger-, sozialen und kulturellen Vereinigungen Wipperfürths!



ISEK und Mobilitätskonzept

Das verabschiedete Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) samt Mobilitätskonzept bietet zahlreiche innovative und zukunftssträchtige Ansätze. Wichtig bleibt, dass die durch die Bürger und Experten erarbeiteten Ideen in der Stadt und auf den Dörfern umgesetzt werden. Leider war im vergangenen Jahr nicht sehr viel davon zu sehen, umso größer ist die Hoffnung, dass im Jahr 2025 das Thema Schwung aufnimmt. Insbesondere die Chancen des Projektes „Auf zu neuen Ufern“ und die damit verbundene Öffnung des Wupperufers sollen und müssen genutzt und umgesetzt werden.

Die CDU-Fraktion wird die schrittweise Realisierung konsequent begleiten.

Verkehrsentwicklung in der Innenstadt

Der Umbau zur Kreisverkehrslösung an der Polizeikreuzung sowie die Stärkung der Tangenten zeigen positive Auswirkungen auf den Verkehrsfluss. Jedoch wurde für die Innenstadt das Ziel der Stärkung der Aufenthaltsqualität, insbesondere nach Sperrung der Hochstraße, noch nicht erreicht. Hier sind weitere Optimierungen des Innenstadtverkehrs notwendig. Die CDU bleibt hier am Ball, um weitere Verbesserungen zu erreichen.

Umgestaltung des Surgères Platzes und ZOB

Die geplante Umgestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs zur Mobilitätsdrehscheibe stockt weiterhin. Ein Lichtblick ist die Einstellung eines Stadtplaners, der nun das Thema vorantreiben wird. Die CDU-Fraktion fordert weiterhin eine zügige Umsetzung, um die Lebensqualität und Infrastruktur in der Innenstadt nachhaltig zu verbessern.

Ellers Ecke

Die qualitative Aufwertung von Ellers Ecke konnte im Jahr 2024 nicht realisiert werden. Ziel bleibt ein hochwertiger Platz mit Aufenthaltsqualität, dessen Umsetzung 2025 Priorität hat.

Wohnraum in Wipperfürth und den Dörfern

Nachdem die ersten Häuser im Baugebiet „Reinshagensbusch“ nun entstehen, gilt es den Blick zur Schaffung von weiterem Wohnraum zu erweitern. Neubaugebiete in Thier und Kreuzberg wurden im Jahr 2024 wesentlich nach vorne gebracht, so dass hoffentlich im Jahr 2025 Bautätigkeit so sehen sein wird. Das Projekt „Auf zu neuen Ufern“ schafft zudem eine Perspektive auf zusätzlichen Wohnraum in bester Innenstadtlage. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der politischen CDU-Arbeit.



Erneuerbare Energien

Wipperfürth fördert den Ausbau von Windenergie und Flächenphotovoltaik. Bürgerbeteiligung und wirtschaftliche Teilhabe stehen dabei im Fokus. Die CDU betont, dass Eingriffe in die Kulturlandschaft minimal gehalten werden sollen, etwa durch die Nutzung von Dachflächen oder die Überdachung großer Parkplätze. Handlungsempfehlungen des Oberbergischen Kreises sollen eine fundierte Grundlage bieten.

Ausblick

Die CDU-Fraktion setzt sich für die konsequente Weiterentwicklung von Wipperfürth und seiner Dörfer ein. Ob durch Mobilitätskonzepte, Stadt- und Dorfgestaltung oder Klimaschutz – entscheidend bleibt, dass geplante Maßnahmen umgesetzt werden, um die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Die CDU Wipperfürth wünscht allen ein gesegnetes, besinnliches Weihnachtsfest und kommen Sie bitte alle gesund und munter ins neue Jahr.

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Ihre

CDU Wipperfürth